

## Weitere Zuschriften zu den beim TAGBLATT-Podium diskutierten Fragen - von der Steuer - über die Drogen-Politik bis hin zum Mindestlohn.

### *Prohibition nutzlos*

Wie lange noch werden Politiker/ innen wie Annette Widmann-Mauz die Aussagen zahlreicher Fachleute ([Literaturhinweise auf www.sichtbarewelt.de](http://www.sichtbarewelt.de)), Cannabis sei weniger gefährlich als bisher angenommen, und sein Verbot müsse mithin, laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994, überprüft werden, pauschal als „Verharmlosung“ abtun? Undifferenziert auch ihr Hinweis auf die Probleme „kiffender“ Jugendlicher, da hier das Verhältnis von Ursache und Wirkung unklar ist; außerdem sehen alle mir bekannten Legalisierungsmodelle („Coffeeshop“, Abgabe durch Apotheken oder Fachgeschäfte, deren geschultes Personal auch über Risiken aufklärt, und das in Spanien legale Vereinsmodell) einen strikten Jugendschutz vor.

Und wie kann eine Christdemokratin das von mir angesprochene Votum der Caritas einfach übergehen, wonach die Prohibitionspolitik nicht nur nutzlos, sondern kontraproduktiv ist? Je schwerwiegender ein Problem, desto dringlicher die Frage nach der Zweckmäßigkeit des Lösungsansatzes - gilt das hier nicht, sondern, wie leider oft in der Politik, die Devise „lieber Schaden anrichten als gar nichts tun“?

Dabei könnte für die Suchtprävention - auf die Martin Rosemann (SPD) von einem Zuhörer angesprochen wurde und ziemlich vage antwortete - viel getan werden: weniger unter dem Etikett „Drogenpolitik“ als überall da, wo entschieden wird, wie selbstbestimmt Menschen leben und in freiem Zusammenwirken mit anderen Gesellschaft gestalten können! **Als kleinen Schritt in diese Richtung gebe ich bei der Bundestagswahl meine Erststimme „für Volksentscheide“!**

Anne Fröhlich, Tübingen, Gertenmühlstraße 7

# ÜBRIGENS

Vergesst Plasberg, Kloeppe & Co! Das Tübinger Duell der Bundestagskandidaten war viel spannender. „Hier ist grad' so viel Energie auf dem Podium, damit könnte

## Kontroverse statt Kuschelrunde

man das ganze Sparkassen-Carré heizen“, entfuhr es TAGBLATT-Moderatorin Ute Kaiser. Da beharkten sich gerade Annette Widmann-Mauz (CDU) und Winfried Hermann (Grüne) in Atom- und Energiefragen.

Den ersten Streich führte Hermann, der bekennende langjährige Anti-Atom-Kämpfer. Völlig „blauäugig“ sei, wie die Union die „Hochrisikotechnologie Atomkraft“ verharmlose. Breiter Applaus vom Publikum. Die von Moderatorin Renate Angstmann-Koch zitierte Aussage des CDU-Generalsekretärs Ronald Pofalla, „Kernkraft ist für die CDU Öko-Energie“, sorgte gar für Gelächter. „Die Atomkraftwerke sind sicher – sonst hätte der Herr Gabriel sie ja schon abschalten müssen“, konterte Widmann-Mauz, die dafür plädierte: „Energiepolitik darf nicht mit Angst betrieben werden.“ Es half nichts: Das Thema Atomkraft sorgte am Dienstagabend für Emotionen im Saal und auf dem Podium. Nicht anstelle, sondern gerade wegen der engagiert ausgetauschten, konträren Argumente. Genau so sollte Wahlkampf sein.

Interessant war, dass die Wellen gerade nicht bei jenem Thema am

höchsten schlugen, bei dem man das am ehesten hätte erwarten dürfen: Bei Fragen zu Arbeitslosigkeit oder Wirtschaftskrise ging's weniger heiß her als bei Atomkraft oder Afghanistan. „Es geht doch nicht darum, am Hindukusch zu bleiben, bis die Riesenterrente eingeführt ist“, parierte Martin Rosemann (SPD) einen Streich von Hei-

ke Hänsel (Linkspartei) – es ging um den Abzug der Bundeswehr. Einen kurzen, dafür intensiven Schlagabtausch gab's zwischen Hänsel und Hermann über Lafontaines Rückzug aus dem Kabinett Schröder 1999: feige oder nur konsequent? Auch Rosemann und Widmann-Mauz kriegten sich in die Wolle, als es um die staatlichen Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige ging: „Das war jetzt aber knapp an der Wahrheit vorbei.“

Von wegen Einheitsbrei, die Unterschiede zwischen Schwarz und Rot wurden erkennbar: Ob beim Mindestlohn (SPD: ja, CDU: nein) oder beim Thema Gesundheitspolitik, wo Rosemann für die Bürgerversicherung warb, Widmann-Mauz für den bestehenden Mix aus gesetzlichen und privaten Kassen. Belebend auch, dass (bis auf den verhinderten FDP-Kandidaten Klaus Bucher) die Vertreter der „kleinen“ Parteien munter mitmischten.

Ganz egal, wie man die Positionen nun im Einzelnen bewertet, klar ist: Eine Kuschelrunde war das nicht. Langeweile geht anders. In Tübingen zumindest ist der 27. September wieder spannender geworden.

VOLKER REKITKE

